



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

ECO/189
**"Dritter Bericht über die
praktischen Vorbereitungen
für die künftige Erweiterung
des Eurogebiets"**

Brüssel, den 26. Oktober 2006

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

zur

**Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament,
den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen
und die Europäische Zentralbank**

**"Dritter Bericht über die praktischen Vorbereitungen für die künftige Erweiterung des
Eurogebiets"**

KOM(2006) 322 endg.

Die Europäische Kommission beschloss am 13. Juli 2006, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Zentralbank "Dritter Bericht über die praktischen Vorbereitungen für die künftige Erweiterung des Eurogebiets"
KOM(2006) 322 endg.

Das Präsidium des Ausschusses beauftragte die Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt am 4. Juli 2006 mit der Ausarbeitung dieser Stellungnahme.

Angesichts der Dringlichkeit der Arbeiten bestellte der Ausschuss auf seiner 430. Plenartagung am 26. Oktober 2006 Frau ROKSANDIĆ zur Hauptberichterstatterin und verabschiedete mit 102 gegen 1 Stimme bei 4 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

*

* *

1. **Zusammenfassung**

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss stellt fest, dass die Europäische Kommission in ihrem Bericht den Verlauf der gegenwärtigen Vorbereitungen auf die Einführung des Euro in Slowenien sowie die Fortschritte der zehn Mitgliedstaaten, die - sobald sie die Voraussetzungen erfüllen - den Euro einführen sollen, in geeigneter Weise und detailgenau darstellt. Der Ausschuss unterstützt deshalb den Kommissionsbericht.
- 1.2 Der Ausschuss empfiehlt der Kommission, bei der Ausarbeitung ihrer weiteren Berichte und Empfehlungen zur künftigen Erweiterung der Eurozone abzuwägen und diese Bemerkungen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

2. **Inhalt des Kommissionsberichts**

- 2.1 Das Kommissionsdokument ist schon der dritte seit 2004 regelmäßig erscheinende Jahresbericht über den Fortschritt in den elf Mitgliedstaaten¹, die den Euro einführen sollen, wenn sie die notwendigen Voraussetzungen erfüllen. Diesmal wird über die Vorbereitungen vor dem üblichen Termin im November berichtet, da die Eurozone durch den Beitritt Sloweniens am 1. Januar 2007² erweitert wird und in dem Bericht ein detaillierter Überblick über den Stand der Vorbereitungen in diesem Mitgliedstaat gegeben wird. Darüber hinaus wird über

¹ Allen neuen Mitgliedstaaten wurde vom 1. Mai 2004 an der Status von Staaten mit einer Ausnahmeregelung auf Grundlage des Artikels 4 des Beitrittsvertrags eingeräumt; für Schweden gilt dies bereits seit Mai 1998.

² Beschluss des Rates 2006/495/EG und Verordnung des Rates (EG) Nr. 1086/2006, beide vom 11.7.2006.

die laufenden praktischen Vorbereitungen auf nationaler Ebene in den übrigen zehn Mitgliedstaaten berichtet.

- 2.2 Im Rahmen des in der politischen und wirtschaftlichen Verantwortung der Mitgliedstaaten liegenden Erweiterungsprozesses des Eurogebiets hebt die Kommission die Bedeutung sorgfältiger Planung sowie gründlicher und umfassender praktischer Vorbereitungen hervor, bei der sowohl der öffentliche als auch der private Sektor sowie die breitere Öffentlichkeit zusammenarbeiten müssen. In den Schlussfolgerungen werden sowohl die erforderlichen weiteren Schritte in Slowenien angeführt als auch die Notwendigkeit, die Vorbereitungen in den anderen Mitgliedstaaten zu beschleunigen sowie die meisten einzelstaatlichen Pläne für die Übernahme des Euro zu verstärken.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

- 3.1 Der Ausschuss behandelt zum ersten Mal einen Kommissionsbericht über die praktischen Vorbereitungen auf die künftige Erweiterung des Eurogebiets, der schon zum dritten Mal seit der Einführung des Euro im Jahre 2002 veröffentlicht wird. Dennoch scheint es wichtig hervorzuheben, dass der Übergang zum Euro nicht nur als technisches Projekt zu behandeln und zu verstehen ist, sondern als eine umfassende Veränderung, die bedeutende Folgen in den Bereichen Wirtschaft, Währung und Soziales mit sich bringt.
- 3.2 Die Mitgliedstaaten sind zweifelsohne selbst für die erfolgreiche Einführung des Euro verantwortlich, dennoch muss die unabdingbare Mitarbeit aller Organisationen der Zivilgesellschaft hervorgehoben werden, die als Vertreter einzelner Gesellschaftsgruppen und durch ihre Aktivitäten in diesen Prozess in allen Mitgliedstaaten, die in das Eurogebiet eintreten werden, mit einzubinden sind. Die gegenwärtige Erweiterung des Eurogebietes findet durch einzelne Staaten statt und nicht durch zwölf Staaten auf einmal, wie bei der Einführung des Euro 2002 geschehen. Der Ausschuss hat bereits 2001 festgestellt, dass dem Vorgang nicht nur bedeutende Mittel zuflossen, sondern auch alle Beteiligten in die Maßnahmen einbezogen wurden sowie die Gesellschaft vorbereitet und beteiligt wurde³. Dies muss auch für Slowenien gewährleistet sein, da das Land in weniger als drei Monaten den Euro einführen wird.
- 3.3 Die Öffentlichkeit Sloweniens war laut einer Umfrage⁴ von allen Mitgliedstaaten, die dem Eurogebiet beitreten werden, am besten über den Euro informiert. Hierzu hat eine umfassende mit staatlichen und europäischen Mitteln durchgeführte Informationskampagne erheblich beigetragen. Dennoch ist es eine bedenkliche Entwicklung, dass die slowenische Gesellschaft, laut der jüngsten Meinungsumfrage durch Eurobarometer im April 2006, auch die meisten Bedenken hinsichtlich des Einflusses der Euro-Einführung auf die Inflation und den Preisanstieg in ihrem Staat hat - sogar mehr Bedenken als in den skeptischsten Staaten⁵.

³ Stellungnahme des EWSA ECO/053 vom 29.3.2001, S.4-5.

⁴ ABl. C 155 vom 29.5.2001.

⁵ Ebd. S. 31.

- 3.4 Eine Preiskontrolle sowohl über Waren als auch über Dienstleistungen insbesondere im öffentlichen Bereich kann kurz vor und in einem bestimmten Zeitraum nach der Einführung des Euros die Bedenken in der Bevölkerung hinsichtlich der problematischen Seiten der Euroeinführung bedeutend verringern, die Gefahren einer ungerechtfertigten Preisanhebung reduzieren sowie ein unangebrachtes Aufrunden bei der Umrechnung der Währungen verhindern. In der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Erweiterung des Eurogebietes wird auf ähnliche Schwierigkeiten hingewiesen⁶.
- 3.5 Die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Verbraucherverbänden und dem Handel ist zwar zu begrüßen, aber nicht ausreichend. Eine alle drei Monate veröffentlichte Übersicht der Warenpreisüberwachung in der Zeit kurz vor der Einführung des Euro scheint nicht auszureichen, um in der öffentlichen Meinung den Eindruck negativer Folgen weitestgehend auszuräumen.
4. **Besondere Bemerkungen**
- 4.1 Der Ausschuss schlägt der Europäischen Kommission vor, den Mitgliedstaaten zu empfehlen, bei den Vorbereitungen auf den Eintritt in das Eurogebiet insbesondere darauf zu achten, neben einer notwendigen Informationskampagne über die Einführung des Euro auch alle Gesellschaftsgruppen mit Hilfe der organisierten Zivilgesellschaft in diesen Prozess einzubeziehen. Hierfür sollten die Mitgliedstaaten und die Europäische Union finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die einzelnen Gesellschaftsgruppen in die Lage zu versetzen und darauf vorzubereiten, mit dem Euro als neuer Währung zu arbeiten und zu leben.
- 4.2 Angebracht wäre außerdem, ernsthaft eine Kontrolle über Dienstleistungspreise im öffentlichen Sektor bei der Einführung des Euro in Betracht zu ziehen, wie auch einen monatlichen Bericht über die Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, insbesondere sechs Monate vor und mindestens ein Jahr nach der Einführung des Euro. Die Mitgliedstaaten könnten bei einer künftigen Erweiterung des Eurogebietes leicht die Schwächen, die bei der Einführung des Euro 2002 zu Tage traten, vermeiden.

Brüssel, den 26. Oktober 2006

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Der Generalsekretär
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Dimitris DIMITRIADIS

Patrick VENTURINI

⁶ Entschließung des Europäischen Parlaments über die Erweiterung des Eurogebietes vom 1.6.2006, Ziffer 12.